

Rundbrief



SACHSEN-ANHALT

Beauftragter
des Landes Sachsen-Anhalt
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

#moderndenken

Juli 2025

Schleifufer 12
39104 Magdeburg

<https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de>

Tel.: 0391 / 5601501

Fax: 0391 / 5601520

E-Mail: info@lza.lt.sachsen-anhalt.de

Tel. Sprechzeiten:

Mo–Do 9 bis 15 Uhr;

Fr 9 bis 13 Uhr

Ausführlichere Informationen auf unserer Website unter „Aktuelles“

Liebe Leserinnen und Leser,

am 1. Juli tritt die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze in Kraft. Zahlreiche Verbesserungen für Opfer und Betroffene von SED-Unrecht werden jetzt Wirklichkeit.

Wer strafrechtlich rehabilitiert ist, kann jetzt eine Opferrente beantragen - ohne Bedürftigkeitsprüfung und unabhängig vom Einkommen. Aus der Opferrente wird endlich eine Ehrenpension. Wer sie schon bekommt, wird – ohne erneute Beantragung – ab Juli mehr bekommen und künftig eine regelmäßige Anpassung an die Rentenentwicklung erleben. Für gesundheitliche Folgeschäden wurde eine Vermutungsregelung zugunsten der Betroffenen eingeführt.

Die Ausgleichsleistungen für beruflich Verfolgte wurden ebenfalls erhöht und dynamisiert. Die dreijährige Mindestverfolgungszeit wurde auf zwei Jahre verkürzt. Ehemalige DDR-Heimkinder, die vor 2019 einen Rehabilitierungsantrag gestellt haben, der wegen der damaligen Rechtslage abgelehnt wurde, können einen neuen Antrag stellen. Betroffene von DDR-Zwangsaussiedlungen erhalten auf Antrag eine einmalige Leistung in Höhe von 7.500 €. Opfer von Zersetzungsmaßnahmen der Stasi haben jetzt auch einen Leistungsanspruch, wenn die Zersetzung außerhalb der DDR passiert ist. Und schließlich wurde ein bundesweiter Härtefallfonds für die Opfer politischer Verfolgung in SBZ und DDR eingerichtet.

Wenn Sie selbst betroffen sind oder sich unsicher sind, ob die Änderungen für Sie zutreffen, melden Sie sich bitte – wir beraten Sie gern. Auch wenn Sie Menschen kennen, für die diese Regelungen infrage kommen könnten, sagen Sie es gern weiter. Ausführlicher über die Gesetzesänderung und über unsere Beratungsangebote finden Sie in diesem Rundbrief.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Sommer und grüße Sie herzlich, *Ihr Johannes Beileites*

Neue Mitarbeiterin des Landesbeauftragten

Carla Steinbrecher

Referentin für Bildung und Forschung

Wir freuen uns über Frau Steinbrecher, die seit dem 1. Juni 2025 im Rahmen einer Elternzeitvertretung Nora Kreis als Referentin für Bildung und Forschung vertritt. Zuvor promovierte sie an den Universitäten Bonn und St. Andrews. In ihrer Dissertation untersuchte sie die Auseinandersetzung von DDR-Kulturschaffenden mit Chile in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren in Literatur, Film und Hörspiel. Im unserem Team ist sie für die Organisation von Veranstaltungen und Bildungsprojekten, die Homepage und den Aufbau einer Social-Media-Präsenz zuständig. In besonderer Weise setzt sie sich für Veranstaltungsformate ein, die Geschichtsvermittlung mit Literatur, Film- und Medienbildung verbinden.

E-Mail: carla.steinbrecher@lza.lt.sachsen-anhalt.de, Tel.: 0391 / 5601511

Gesprächsgruppe

für Betroffene kontaminierter Anti-D-Prophylaxe in der DDR 1978/1979

In Sachsen-Anhalt bieten wir für betroffene Frauen der kontaminierten Anti-D-Prophylaxe eine Gesprächsgruppe an, die alle vier bis sechs Wochen stattfindet. Dieses Angebot ermöglicht einen Austausch unter Betroffenen. In einem geschützten Rahmen und unter therapeutischer Anleitung können Betroffene ihre Erlebnisse mitteilen und den gegenwärtigen sowie zukünftigen Umgang damit besprechen. Für Fragen zur Teilnahme an den psychosozialen Gruppensitzungen für Betroffene der kontaminierten Anti-D-Prophylaxe melden Sie sich gerne bei Elisabeth Vajna, M.Sc. Psych. elisabeth.vajna@lza.lt.sachsen-anhalt.de, Tel.: 0391 / 5601503.

Zeitzeugenclub

WORTE FINDEN FÜR DAS SCHWEIGEN.

Zeitzeugenclub für von SED-Unrecht Betroffene

Das Ende der SED-Diktatur liegt fast 35 Jahre zurück. Viele Menschen waren betroffen von Verfolgung und Repression, Ausgrenzung und Diskriminierung. Sie sind heute wertvolle Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Gegen das Vergessen und für den gesellschaftlichen Dialog ist das Sprechen über das unaussprechliche Unrecht wichtig, aber oft nicht einfach. In Gruppengesprächen und ersten Schreibübungen wollen wir uns den persönlichen Erlebnissen nähern, um Worte zu finden für das Schweigen und Möglichkeiten, wie darüber erzählt werden kann.

Bei Interesse melden Sie sich bitte bei Elisabeth Vajna, M.Sc. Psych. (wiss. Mitarbeiterin im Kompetenznetzwerk psychosoziale Beratung und Therapie Betroffener von SED-Unrecht des Landesbeauftragten und der Uniklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie Magdeburg). E-Mail: elisabeth.vajna@lza.lt.sachsen-anhalt.de, Tel.: 0391 / 5601503.

Veranstaltungen (Nord)

7.7. (Mo), 18 bis 19.30 Uhr • Magdeburg

Lesung und Gespräch: Erinnerungen einer ungewünschten Generation – Besatzungskinder und ihre Nachkommen

Lesung und Gespräch zu Erinnerungen einer ungewünschten Generation mit Dr. Sophie Hubbe. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in Deutschland Hunderttausende Kinder von alliierten Soldaten und einheimischen Frauen geboren, aus Liebesbeziehungen, kurzen Affären, „Versorgungspartnerschaften“ oder Vergewaltigungen. Diese Besatzungskinder wurden oft stigmatisiert: unehelich geboren, als „Nachwuchs des Feindes“ betrachtet und meist ohne leiblichen Vater aufwachsend, erlebten sie familiäre Konflikte, Schuldzuweisungen und Ausgrenzung. Viele suchen bis heute nach ihren Vätern und familiären Wurzeln, oft unterstützt von Vereinen und Selbsthilfegruppen. Auch ihre Kinder, die Besatzungsenkel, sind in diese Suche einbezogen. Sophie Hubbe untersucht, wie Erinnerungen und Narrative in den Familien weitergegeben werden und welche Bedeutung der alliierte Großvater für die Familien im Heute noch spielt. Aus ihrem Buch stellt sie Familiengeschichten vor, die geprägt sind von der Suche nach den leiblichen Besatzungsvätern und -großvätern im Heute. Anmeldung unter <https://eveeno.com/119817201>

Ort/Veranstalter: Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Leiterstraße 2,
39104 Magdeburg, Organisatorische Rückfragen an Frank Leeb,
0391 / 5676457

11.7. (Fr), 9.30 Uhr • Torfhaus

Wanderung: Das Grüne Band – die ehemalige innerdeutsche Grenze erleben

Wir führen Sie an die ehemalige innerdeutsche Grenze zwischen Torfhaus und dem Brocken. Auf dieser abwechslungsreichen Wanderung wandeln wir auch auf den Resten der ehemaligen Grenzbefestigungen. Sie hören Geschichten, die sich an der Grenze zugehen haben und erleben, wie sich heute eine einzigartige Natur entlang der ehemaligen Grenze entfaltet. Rucksackverpflegung empfohlen, Einkehrmöglichkeit am Ende der Tour. Dauer: ca. 5 Stunden (ca. 10-12 km) Treffpunkt: Altenau-Torfhaus. Kosten: 5 € Kinder, 15 € Erwachsene, 30 € Familien (zwei Erw. und zwei Kinder bis 16 J.). Bitte melden Sie sich an: 05320 / 331790 oder post@torfhaus.info

Ort/Veranstalter: Nationalpark-Besucherzentrum TorfHaus, Torfhaus 8, 38667 Torfhaus,
Tel. 05320 / 331790, E-Mail: post@torfhaus.info

Veranstaltungen (Süd)

11.7. (Fr), 22.8. (Fr) jeweils 19.30 Uhr, 24.7. (Do) 17 Uhr • Pretzsch

Konzertreihe im Rahmen der Wanderausstellung:

Frauen im geteilten Deutschland

Fr., 11.7., 19.30 Uhr Museumshofkonzert: Schottenrock „North Sea Gas“ aus Edinburgh

Veranstaltungsort: Museumshof Pretzsch

Do., 24.7., 17.00 Uhr, Orgelvesper mit Paolo Oreni aus Mailand

Im Rahmen seiner Deutschlandtournee gastiert der brillante italienische Orgelvirtuose mit seinem überragenden Manual- und Pedalspiel, das von den Zuhörenden mithilfe einer Leinwand auch im Altarraum verfolgt werden kann.

Veranstaltungsort: Stadtkirche Pretzsch

Fr., 22.8., 19.30 Uhr, Museumshofkonzert: Klaus Adolphi

„Schöne Lieder, alte Weisen und erschrockliche Moritaten aus 300 Jahren“, der Frontmann der „Aberlour's“ ist solo unterwegs und greift tief in die Schatztruhe eines Liederschreibers und Sängers. Vertraute und weniger bekannte Verse deutscher Dichter, Volkslieder und solche, die just welche werden wollen, samt eigenen Erzählungen und Gedanken, stets im ureigenen musikalischen Kontext des Kopfes der Bands „HORCH“ und „THE ABERLOUR'S“, gespielt auf einer Vielzahl historischer Instrumente!

Veranstaltungsort: Museumshof Pretzsch

Ort/Veranstalter: Evangelische Kirchengemeinde St. Nikolaus, Elbstrasse 1, 06905 Bad Schmiedeberg OT Pretzsch, Tel.: 034926 / 57381, unterstützt von der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt und gefördert durch den Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

11.7. (Fr), 18 Uhr • Weißandt-Görlau Südliches Anhalt

Vortrag: Verraten und verkauft. Eine Fluchtgeschichte

Vortrag von Michael Teupel. Als 18jähriger wurde Teupel in Ungarn verraten und verhaftet. Er durchlitt eine mehrmonatige Untersuchungshaft im Stasi-Gefängnis „Roter Ochse“ in Halle. Die DDR-Justiz verurteilte ihn zu zwei Jahren Gefängnis, die er in Brandenburg-Görden absitzen sollte. Vor Ablauf der Haftstrafe kaufte ihn die Bundesrepublik Deutschland frei.

Michael Teupel ist seit vielen Jahren als Zeitzeuge in der historisch-politischen Bildungsarbeit tätig. Außerdem engagiert er sich ehrenamtlich in verschiedenen Opfernverbänden. Presse, TV und Neue Medien berichteten mehrfach über seine Fluchtversuche, seine Haft Erfahrungen und die Haftfolgen.

Ort: Sport- und Kulturzentrum Weißandt-Görlau, Hauptstr. 31, 06369 Südliches Anhalt

Veranstalter: Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt e.V., c/o Gedenkstätte Moritzplatz, Umfassungsstr. 76, 39124 Magdeburg, in Kooperation mit der Stadt Südliches Anhalt und dem Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Führungen (Nord)

jeden ersten Sonntag im Monat 10.30 Uhr und 14 Uhr • Magdeburg
Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

Der Eintritt ist frei. Anmeldung erwünscht.

Ort/Veranstalter: Gedenkstätte Moritzplatz, Umfassungstraße 76, 39124 Magdeburg,
Tel.: 0391 / 2445590, E-Mail: info-moritzplatz@erinnern.org

jeden Sonntag 14.30 Uhr • Marienborn
Gedenkstätte Marienborn

Öffentlicher Rundgang jeden Sonntag (etwa 60 Min).

Treffpunkt ist das Besucherzentrum. Eintritt frei. Die Führungen geben einen Überblick über das weitläufige ehemalige Kontrollareal der Grenzübergangsstelle Marienborn. Dieses umfasst die historischen Abfertigungsbereiche für die in die DDR einreisenden PKWs und LKWs, den Zollbereich sowie die Wechselstube der DDR-Staatsbank und den Kommandantenturm der Grenztruppen.

Ort/Veranstalter: Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Gedenkstätte Deutsche Teilung
An der Bundesautobahn 2, 39365 Marienborn, Tel.: 039406 / 92090,
E-Mail: info-marienborn@erinnern.org

jeden ersten Dienstag im Monat • Magdeburg
Unterwegs im Archiv

Diesen Monat bietet das Stasi-Unterlagen-Archiv Magdeburg eine öffentliche Archivführung an. Beim Rundgang können sich Besucherinnen und Besucher ein Bild vom Umfang und Art der Überlieferung der Staatsicherheit im ehemaligen Bezirk Magdeburg machen. Beschäftigte des Archivs erläutern den Inhalt und die Struktur der Stasi-Unterlagen. Ausstellungsmaterial und der Einblick in Beispielakten Inoffizieller Mitarbeiter und Betroffener vermitteln ein Bild von der Arbeitsweise der Staatssicherheit. Die Führung dauert etwa 90 Minuten. Es besteht die Möglichkeit, vor Ort einen Antrag auf Akteneinsicht zu stellen. Bitte bringen Sie dafür ein gültiges Personaldokument mit. Des Weiteren können Besucherinnen und Besucher, die bereits einen Antrag gestellt haben, Fragen zur Bearbeitung an uns richten.

Ort/Veranstalter: Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Magdeburg, Georg-Kaiser-Straße 7, 39116 Magdeburg; Treffpunkt: Dienstgebäude des Archivs,
Tel.: 030 / 186652211, E-Mail: magdeburg.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Führungen (Süd)

Mo, Fr 10 bis 14 Uhr, Di bis Do 10 bis 16 Uhr sowie
jedes erste Wochenende im Monat 13 Uhr • Halle

**Gedenkstätte ROTER OCHSE: Führungen im Rahmen der Wochenend-
Öffnungszeit (13 bis 17 Uhr) Eintritt frei.**

Ort: Gedenkstätte ROTER OCHSE, Am Kirchtor 20 b, 06108 Halle

Veranstalter: Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle,
Tel.: 0345 / 47069831337, E-Mail: info-roterochse@erinnern.org

jeden ersten Mittwoch im Monat 16 Uhr • Gera

jeden letzten Dienstag im Monat 10 Uhr • Gera

Das Stasi-Unterlagen-Archiv am historischen Ort

Archivführung. Zusätzlich am 10.7. und 24.7. (Do) jeweils 11 bis 15 Uhr Bürgerberatung.

Ort/Veranstalter: Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Gera, Hermann-Drechsler-
Straße 1, Haus 3, 07548 Gera, Tel.: 030 / 186654211, E-Mail:
gera.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

jeden zweiten Dienstag im Monat 17 Uhr und 29.7. 10 Uhr Archivführung • Halle

Auf den geheimen Spuren der Stasi

Außengeländeführung über das ehemalige Stasi-Areal in Halle

Die Außengeländeführung findet in den Sommermonaten anstelle der monatlichen Archivführung des Bundesarchivs - Stasi-Unterlagen-Archivs Halle statt. Die Führung am 8.7. ist ausgebucht!

Unterwegs im Archiv: Führung für Senioren im Bundesarchiv - Stasi-Unterlagen-Archiv
Zu einer Führung für Seniorinnen und Senioren lädt das Bundesarchiv - Stasi-Unterlagen-Archiv Halle am Dienstag, 29.7. ein. Es wird im Archiv, im Karteibereich sowie im Informations- und Dokumentationszentrum das Wirken und die Arbeitsweise der Stasi sowie die Nutzung des Archivgutes für die heutige Aufarbeitung erläutert. Zum Archivstandort gehören mehr als sieben Aktenkilometer, darunter 2,6 Millionen Karteikarten sowie zahlreiche Fotos und umfangreiches audiovisuelles Material. Das Angebot richtet sich vor allem an die Generation, die die SED-Diktatur und die Stasi selbst erlebt hat. Der Rundgang ist barrierefrei, ausreichend Sitzgelegenheiten stehen zur Verfügung.

Es besteht die Möglichkeit, einen Antrag auf Akteneinsicht zu stellen. Hierfür ist ein gültiges Personaldokument erforderlich. Weitere Fragen, wie zur Einsicht von Unterlagen verstorbener Angehöriger oder zur Entschlüsselung von Decknamen, beantworten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort.

Die Teilnehmerzahl der Führung ist begrenzt. Anmeldung bitte unter 030 / 186652711 oder per Email über halle.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de.

Ort/Veranstalter: Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Halle, Blücherstr. 2,
06122 Halle, Tel.: 030 / 186652711,
E-Mail: halle.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

jeden letzten Mittwoch im Monat, 11 Uhr • Leipzig

Unterwegs im Archiv: Einer Diktatur auf der Spur

Eine Anmeldung per Telefon oder E-Mail wird empfohlen. Eintritt frei.

Ort/Veranstalter: Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig, Dittrichring 24,
04109 Leipzig, Tel.: 030 / 186653211, E-Mail:
leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Ausstellungen (Nord)

bis 4.7. (Fr) • Schierke, Brockenhotel auf dem Brockenplateau

Ausstellung: An der Grenze erschossen. Erinnerung an die Todesopfer des DDR-Grenzregimes in Sachsen-Anhalt

Ort: auf dem Brocken im Brockenhotel, 38879 Schierke

Veranstalter: Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur,
Schleiufer 12, 39104 Magdeburg, Tel.: 0391 / 5601501

26.7. bis 3.9., Mi bis So 10 bis 16 Uhr • Blankenburg

Ausstellung: An der Grenze erschossen. Erinnerung an die Todesopfer des DDR-Grenzregimes in Sachsen-Anhalt

Die Ausstellungseröffnung ist für den 26. Juli um 14 Uhr, im Grauen Saal, Großes Schloss 1, 38889 Blankenburg geplant. Der Ausstellungsraum befindet sich im Erdgeschoss des alten Flügels und ist leider nicht barrierefrei. Der Eintritt ist kostenfrei.

Der „Eiserne Vorhang“ trennte Deutschland und Europa, Städte, Dörfer und Landschaften, Freunde und Familien länger als 40 Jahre. Mit Hilfe eines perfiden Grenzregimes aus Stacheldrahtzäunen, Bodenminen, Selbstschussapparaten und Hundelaufanlagen sperrte die SED-Diktatur die Menschen ihres Landes ein. Die Friedliche Revolution von 1989 erreichte schließlich die Öffnung der Grenze und ebnete den Weg zur Deutschen Einheit.

Die von der Behörde des Landesbeauftragten erarbeitete Ausstellung zeigt auf zehn Tafeln die Funktionsweise des DDR-Grenzregimes und erinnert an die insgesamt 75 Menschen, die an der 343 km langen ehemaligen innerdeutschen Grenze zwischen Sachsen-Anhalt und Niedersachsen gewaltsam zu Tode kamen.

Ort: Großes Schloss 1, 38889 Blankenburg

Veranstalter: Verein Rettung Schloss Blankenburg e.V., Großes Schloss 1,
38889 Blankenburg, Tel.: 03944 / 3676223, info@rettung-schloss-blankenburg.de
in Kooperation mit dem Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Schleiufer 12, 39104 Magdeburg, Tel.: 0391 / 5601501

bis 22.8. (Fr) • Magdeburg

Ausstellung: MENSCHEN RECHT FREIHEIT PROTEST. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt

Am Morgen des 17. Juni 1953 gingen überall in der DDR und auch in vielen Städten und Dörfern Sachsen-Anhalts zahlreiche Menschen auf die Straße. Sie forderten den Rücktritt der SED-Regierung, Freiheit, Menschenrechte und Demokratie. Doch bereits ab Mittag zogen vielerorts sowjetische Panzer auf und walzten die Proteste gewaltsam nieder. Allein

in Sachsen-Anhalt verloren mindestens 21 Menschen ihr Leben. In der Folgezeit schlug die SED-Diktatur erbarmungslos zurück. Drei Männer und eine Frau aus Sachsen-Anhalt wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet, andere erhielten lange Haftstrafen. Auf 25 Plakaten werden die Vor-, Nach- und Wirkungsgeschichte des Aufstands dargestellt. Einzigartige Fotos bringen den Besuchern die Geschehnisse vom 17. Juni in elf Orten in Sachsen-Anhalt und die daran beteiligten Menschen nahe. Ergänzt werden diese Bilder durch originale Tondokumente und Zeitzeugenberichte. Der Eintritt ist frei. Die Ausstellung „MENSCHEN RECHT FREIHEIT PROTEST. Der Aufstand vom 17. Juni in Sachsen-Anhalt“ wurde vom Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erstellt und von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt gefördert.

Ort/Veranstalter: Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Magdeburg, Georg-Kaiser-Straße 7, 39116 Magdeburg, Tel.: 030 / 186652211, E-Mail: magdeburg.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de in Kooperation mit dem Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

bis 14.9., täglich 10 bis 17 Uhr • Marienborn

Fotoausstellung: Randgebiete. Geschichten von drüben mit Fotografien von Ulrich Kneise und Texten von Juliane Stückrad

Im Ausstellungsprojekt „Randgebiete“ erkunden der Fotograf Ulrich Kneise und die Ethnologin Juliane Stückrad Kulturlandschaften und Lebenswelten entlang der Grenze zwischen den Bundesländern Thüringen, Bayern, Hessen und Niedersachsen, die einst als deutsch-deutsche Staatengrenze das Land teilte. Auf ihrer Reise fanden sie Geschichten von Teilung und Verbundenheit in und außerhalb des ehemals abgeschotteten Grenzgebietes. Um sich in der Weite des „Feldes“ nicht zu verlieren, orientierten sich der Fotograf und die Autorin an Themen aus dem Alltag: Arbeit, Ehrenamt, Politik, Festkultur, Religion, Kunst und Natur. So gibt die Ausstellung Einblicke in den Stand der deutschen Einheit im aktuellen Jubiläumsjahr. Sie ist bis zum 14. September 2025 im Besucherzentrum der Gedenkstätte zu sehen. Der Eintritt ist frei.

Ort/Veranstalter: Gedenkstätte Deutsche Teilung, An der Bundesautobahn 2, 39365 Marienborn, Tel.: 039406 / 92090, E-Mail: info-marienborn@erinnern.org

Dauerhaft online • Marienborn

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn Virtuelle Ausstellung: Als aus Teilung Freiheit wurde

Die digitale Ausstellung erzählt vom Fall der innerdeutschen Grenze und den unmittelbaren Nachwirkungen in der Region rund um die ehemalige Grenzübergangsstelle Marienborn. So berichtet sie unter anderem vom Abbau der Grenzanlagen und vom heutigen Erinnern an die deutsche Teilung. Es handelt sich um das erste Projekt einer bundesdeutschen Gedenkstätte dieser Art. Die Schau wurde aus Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt finanziert. https://app.gather.town/app/GWOr7nw4TiRoCOWA/GDT_Ausstellung

Ort/Veranstalter: Gedenkstätte Deutsche Teilung, An der Bundesautobahn 2, 39365 Marienborn, Tel.: 039406 / 92090, E-Mail: info-marienborn@erinnern.org

bis 31.7., (Mo, Di, Do) 10 bis 18 Uhr, Freitag bis 16 Uhr
und jeden ersten Samstag im Monat 9 bis 12 Uhr • Genthin

Ausstellung: MENSCHEN RECHT FREIHEIT PROTEST.

Der Aufstand vom 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt

Am Morgen des 17. Juni 1953 gingen überall in der DDR und auch in vielen Städten und Dörfern Sachsen-Anhalts zahlreiche Menschen auf die Straße. Sie forderten den Rücktritt der SED-Regierung, Freiheit, Menschenrechte und Demokratie. Doch bereits ab Mittag zogen vielerorts sowjetische Panzer auf und walzten die Proteste gewaltsam nieder. Allein in Sachsen-Anhalt verloren mindestens 21 Menschen ihr Leben. In der Folgezeit schlug die SED-Diktatur erbarmungslos zurück. Drei Männer und eine Frau aus Sachsen-Anhalt wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet, andere erhielten lange Haftstrafen.

Auf 25 Plakaten werden die Vor-, Nach- und Wirkungsgeschichte des Aufstands dargestellt. Einzigartige Fotos bringen den Besuchern die Geschehnisse vom 17. Juni in elf Orten in Sachsen-Anhalt und die daran beteiligten Menschen nahe. Ergänzt werden diese Bilder durch originale Tondokumente und Zeitzeugenberichte. Der Eintritt ist frei.

Die Ausstellung „MENSCHEN RECHT FREIHEIT PROTEST. Der Aufstand vom 17. Juni in Sachsen-Anhalt“ wurde vom Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erstellt und von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt gefördert.

Ort/Veranstalter: Stadt- u. Kreisbibliothek „Edlef Köppen“, Dattelner Straße 1, 39307 Genthin
in Kooperation mit dem Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur
Aufarbeitung der SED-Diktatur

Ausstellungen (Süd)

bis 15.8., (Mo, Mi, Fr) von 8 bis 12 Uhr sowie Di und Do von 8 bis 18 Uhr • Wittenberg

Ausstellung: MENSCHEN RECHT FREIHEIT PROTEST.

Der Aufstand vom 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt

Am Morgen des 17. Juni 1953 gingen überall in der DDR und auch in vielen Städten und Dörfern Sachsen-Anhalts zahlreiche Menschen auf die Straße. Sie forderten den Rücktritt der SED-Regierung, Freiheit, Menschenrechte und Demokratie. Doch bereits ab Mittag zogen vielerorts sowjetische Panzer auf und walzten die Proteste gewaltsam nieder. Allein in Sachsen-Anhalt verloren mindestens 21 Menschen ihr Leben. In der Folgezeit schlug die SED-Diktatur erbarmungslos zurück. Drei Männer und eine Frau aus Sachsen-Anhalt wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet, andere erhielten lange Haftstrafen.

Auf 25 Plakaten werden die Vor-, Nach- und Wirkungsgeschichte des Aufstands dargestellt. Einzigartige Fotos bringen den Besuchern die Geschehnisse vom 17. Juni in elf Orten in Sachsen-Anhalt und die daran beteiligten Menschen nahe. Ergänzt werden diese Bilder durch originale Tondokumente und Zeitzeugenberichte. Der Eintritt ist frei.

Die Ausstellung „MENSCHEN RECHT FREIHEIT PROTEST. Der Aufstand vom 17. Juni in Sachsen-Anhalt“ wurde vom Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erstellt und von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt gefördert.

Ort: Neues Rathaus, Lutherstraße 56, 06886 Lutherstadt Wittenberg

Veranstalter: Lutherstadt Wittenberg in Kooperation mit dem Beauftragten des
Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

8.7. bis 18.7. • Weißandt-Görlau Südliches Anhalt

Mo, Mi 8 bis 15 Uhr, Di 8 bis 18 Uhr, Do 8 bis 16 Uhr und Fr 8 bis 12 Uhr

Ausstellung: An der Grenze erschossen. Erinnerung an die Todesopfer des DDR-Grenzregimes in Sachsen-Anhalt

Der „Eiserne Vorhang“ trennte Deutschland und Europa, Städte, Dörfer und Landschaften, Freunde und Familien länger als 40 Jahre. Mit Hilfe eines perfiden Grenzregimes aus Stacheldrahtzäunen, Bodenminen, Selbstschussapparaten und Hundelaufanlagen sperrte die SED-Diktatur die Menschen ihres Landes ein. Die Friedliche Revolution von 1989 erreichte schließlich die Öffnung der Grenze und ebnete den Weg zur Deutschen Einheit.

Die von der Behörde des Landesbeauftragten erarbeitete Ausstellung zeigt auf zehn Tafeln die Funktionsweise des DDR-Grenzregimes und erinnert an die insgesamt 75 Menschen, die an der 343 km langen ehemaligen innerdeutschen Grenze zwischen Sachsen-Anhalt und Niedersachsen gewaltsam zu Tode kamen.

Die Ausstellung wird am 8.7. um 17 Uhr unter Beteiligung von Dr. Werner Sobetzko, ehemaliger Kultusminister Sachsen-Anhalts, Johannes Beleites, Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie dem Bürgermeister der Stadt Südliches Anhalt, Thomas Schneider, feierlich eröffnet. Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus würdigt das Schicksal des Schülers Hartmut Tautz, der am 8. August 1986 von zwei Hunden im Grenzgebiet bei Bratislava zerfleischt wurde. Er war nur 200 m vom österreichischen Dorf Kittsee entfernt.

Die Veranstaltung wird von Michael Teupel (VOS) organisiert. Der Eintritt ist kostenfrei.

Ort: Sport- und Kulturzentrum Weißandt-Görlau, Hauptstr. 31,
06369 Südliches Anhalt

Veranstalter: Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt e.V. (VOS), c/o Gedenkstätte Moritzplatz, Umfassungsstr. 76, 39124 Magdeburg, in Kooperation mit der Stadt Südliches Anhalt und dem Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

bis 31.8. (So) • Pretzsch

Wanderausstellung: Frauen im geteilten Deutschland

Es ist Anliegen der Ausstellung, die vielfältigen Erfahrungen von Frauen sichtbar zu machen und deren deutsch-deutsche Lebenswirklichkeiten mit den Gemeinsamkeiten und Unterschieden aufzuzeigen. Zugleich wirft die Ausstellung die Frage auf, ob Frauen in beiden deutschen Staaten trotz unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen ein gemeinsames Streben nach Selbstbestimmung in einem männlich geprägten System verbanden. Herausgegeben von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und kuratiert von Clara Marz, ist die Schau ein Beitrag zum 35. Jahrestag der deutschen Einheit. Die Präsentation in Pretzsch wird unterstützt von der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt. Interessierte können die Schau während der Veranstaltungen der Kirchengemeinde sowie nach Absprache besichtigen.

Ort/Veranstalter: Evangelische Kirchengemeinde St. Nikolaus, Elbstrasse 1,
06905 Bad Schmiedeberg OT Pretzsch, Tel.: 034926 / 57381, unterstützt von der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt und gefördert durch den Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

bis 31.7. täglich 8 bis 18 Uhr, Sa und So 10 bis 18 Uhr • Leipzig

Sonderausstellung: All you need is beat – Jugend, Musik und Politik in der DDR 1955-1975

Anlässlich des Wave-Gotik-Treffens in Leipzig präsentiert das Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig die Sonderausstellung „All you need is beat – Jugend, Musik und Politik in der DDR 1955-1975“. Die Ausstellung erinnert an den Beataufstand am 31. Oktober 1965 in Leipzig. Sie zeigt das wechselvolle Verhältnis von Jugend, Musik und Politik in der DDR und wie sich die Jugendkultur um Rock 'n' Roll und Beat unter den Bedingungen der Ulbricht-Ära zwischen partieller Förderung, Zensur und Repression entwickelte. Die Ausstellung des Archivs Bürgerbewegung Leipzig e.V. wurde von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert.

Ort/Veranstalter: Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig, Dittrichring 24,
04109 Leipzig, Tel.: 030 / 186653333, E-Mail:
leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

ständig geöffnet Mo bis Fr 8 bis 18 Uhr sowie Sa/So/feiertags: 10 bis 18 Uhr • Leipzig

Dauerausstellung: Überwachen. Verängstigen. Verfolgen. Stasi. Die Geheimpolizei der DDR

„Genossen, wir müssen alles wissen.“ So lautete das Motto, das der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorgab. Mit diesem Wissen sollten sie die „Feinde“ der SED aufdecken und unschädlich machen, um die Herrschaft der SED in der DDR sicherzustellen. Im Jahr 1989 waren rund 91.000 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Stasi tätig.

Ort/Veranstalter: Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig, Dittrichring 24,
04109 Leipzig, Tel.: 030 / 186653333, E-Mail:
leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

ständig Di bis Fr 9 bis 18 Uhr, Sa/So, Feiertage 10 bis 18 Uhr • Leipzig

Dauerausstellung: Unsere Geschichte. Diktatur und Demokratie nach 1945

SED-Diktatur, Alltag in der DDR, friedliche Revolution und Wiedervereinigung sowie deutsch-deutsches Zusammenwachsen seit 1989: Das sind die Themen der Dauerausstellung „Unsere Geschichte. Diktatur und Demokratie nach 1945“. Eintritt frei.

Ort/Veranstalter: Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Grimmaische Straße 6, 04109 Leipzig
Tel.: 0341 / 2220400, E-Mail: besucherdienst-leipzig@hdg.de

ständig Mo bis Fr 8 bis 18 Uhr, Eintritt frei • Halle

Dauerausstellung: Entschlüsselte Macht

Ort/Veranstalter: Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Halle, Blücherstr. 2, 06122
Halle, Tel.: 030 / 186652711, E-Mail: halle.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Aufarbeitung von SED-Unrecht kompakt

Die Veranstaltungsreihe wird im Spätsommer fortgesetzt. Unsere Online-Veranstaltungsreihe findet dann wieder wie gewohnt dienstags von 17 bis 18 Uhr in vierzehntägigem Abstand statt. Anmeldungen unter E-Mail: veranstaltung@lza.lt.sachsen-anhalt.de, Tel.: 0391 / 5601519.

Vorankündigungen / Hinweise

Sechstes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz tritt in Kraft

Am 1 Juli tritt das Sechste Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR – kurz 6. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz – in Kraft. Die zahlreichen und weitreichenden Gesetzesänderungen kommen vielen Betroffene von SED-Unrecht zugute. Sie verbessern ihre soziale Lage, schließen bisherige Gerechtigkeitslücken und vereinfachen Verfahren. Die Neuerungen im Überblick:

1. Verbesserung der sozialen Lage

Die besondere Zuwendung für *Haftopfer* (SED-Opferrente) wird von 330 Euro auf 400 Euro erhöht. Die Höhe der SED-Opferrente wird ab 2026 an die Entwicklung der gesetzlichen Rente angepasst. Der Erhalt der SED-Opferrente setzte bisher eine besondere Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Lage voraus. Diese Bedürftigkeitsprüfung wurde nun im Gesetz gestrichen, sodass die Würdigung des individuell erlittenen Unrechts, das unabhängig von der wirtschaftlichen Lage besteht, stärker in den Mittelpunkt tritt. Hierdurch wird die Opferrente weiterentwickelt zu einer Ehrenpension.

Die Ausgleichsleistungen für *beruflich Verfolgte* gemäß § 8 BerRehaG werden von 240 Euro auf 291 Euro erhöht. Die Höhe der Ausgleichsleistungen wird, wie die Höhe der Opferrente, ab dem Jahr 2026 entsprechend dem Prozentsatz angepasst, um den sich der aktuelle Rentenwert in der gesetzlichen Rentenversicherung verändert.

Bisher war im Gesetz eine Absenkung der monatlichen Ausgleichleistungen von 240 Euro auf 180 Euro geregelt, wenn der Verfolgte eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigener Versicherung bezieht. Durch Streichung dieser Norm wird auf eine derartige Absenkung der Ausgleichleistungen bei Renteneintritt künftig verzichtet.

Ausgleichsleistungen erhalten *beruflich Verfolgte* nur, sofern sie in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt sind. Bei der Prüfung der Bedürftigkeit wurde bisher das Partnereinkommen berücksichtigt. Eine derartige Anrechnung wird aus dem Gesetz gestrichen, sodass allein auf das Einkommen des oder der jeweils Betroffenen abgestellt wird. Ausgleichsleistungen wurden *beruflich Verfolgten* bislang nur gewährt, wenn die Verfolgungszeit bis einschließlich 2. Oktober 1990 oder länger als drei Jahre gedauert hat. Die dreijährige Verfolgungszeit wird nun auf zwei Jahre herabgesetzt.

2. Schließung von Gerechtigkeitslücken

Mit der Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze im Jahr 2019 wurde unter anderem die Rehabilitation *ehemaliger DDR-Heimkinder* vereinfacht. Diese Vereinfachung hat wesentlich dazu beigetragen, dass in den letzten Jahren viele Betroffene gerichtlich rehabilitiert werden konnten. Allerdings bestand nach derzeitiger Rechtslage Un-

einigkeit darüber, ob Betroffene, die vor der Novellierung von 2019 einen Antrag auf Rehabilitation gestellt und in der Folge einen Ablehnungsbescheid erhalten haben, nunmehr einen erneuten Rehabilitierungsantrag (sogenannter Zweitantrag/Wiederholungsantrag) stellen können. Zur Herstellung von Rechtssicherheit wurde im Gesetz klargestellt, dass bei Änderung der Gesetzeslage ein erneutes Antragsrecht besteht.

Der Anwendungsbereich des VwRehaG erstreckte sich bislang nur auf das Gebiet der ehemaligen DDR. Dies hatte zur Folge, dass Betroffene, die in der Bundesrepublik und in Westberlin *Zersetzungsoffer* der Staatssicherheit geworden sind, keinerlei Ansprüche hatten. Nun liegt eine Zersetzungsmaßnahme im Sinne des VwRehaG auch dann vor, wenn die Maßnahme gegen eine Person außerhalb des Beitrittsgebiets gerichtet war.

Bisher nicht ausreichend von den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen erfasst waren die *Betroffenen von Zwangsaussiedlungen* in der DDR. Diese Opfergruppe hat nun einen Anspruch auf eine einmalige Leistung in Höhe von 7.500 Euro. Dabei ist es unerheblich, dass möglicherweise bereits andere Leistungen im Zusammenhang mit der damaligen Zwangsaussiedlung gewährt wurden.

3. Vereinfachte Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden

Die Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden wird durch die Einführung einer kriterienbasierten Vermutungsregelung innerhalb § 21 StrRehaG, in § 3 VwRehaG sowie in § 4 HHG wesentlich vereinfacht. Künftig wird beim Vorliegen bestimmter schädigender Ereignisse sowie bestimmter gesundheitlicher Schädigungen die Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zusammenhangs vermutet. Was als schädigendes Ereignis bzw. gesundheitliche Schädigung im Sinne des Gesetzes gilt, wird unter Beachtung des aktuellen Standes der medizinischen Wissenschaft durch Rechtsverordnung durch das Bundesministerium der Justiz im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Gesundheit und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie im Benehmen mit der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag bestimmt.

4. Einrichtung eines bundesweiten Härtefallfonds

In den ostdeutschen Ländern wurden in den letzten Jahren Härtefallfonds für die Opfer politischer Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone und der SED-Diktatur eingerichtet. Die Härtefallfonds der Länder haben die Aufgabe, Hilfe für Bürgerinnen und Bürger, die in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR politisch verfolgt wurden und sich aktuell in einer besonderen wirtschaftlichen Notlage befinden, zu ermöglichen. Antragsberechtigt sind jedoch ausschließlich Personen mit Wohnsitz im jeweiligen Bundesland. Um Unterstützungsmöglichkeiten unabhängig vom Wohnort der Betroffenen zu schaffen, wird nun auch auf Bundesebene ein Härtefallfonds eingerichtet. Dafür wird die Stiftung für ehemalige politisch Verfolgte (StepVG) geschaffen.

Der bundesweite Härtefallfonds wird bei der „Stiftung für ehemalige politisch Verfolgte“ angesiedelt sein. Die Stiftung wird Unterstützungsleistungen auf Grundlage einer von der SED-Opferbeauftragten zu erlassenen Richtlinie gewähren. Auf Unterstützungsleistungen aus dem bundesweiten Härtefallfonds besteht kein Rechtsanspruch.

6.9. (Sa), ● Schierke, Brocken, ab ZOB Magdeburg

Exkursion auf den Brocken: Grenz-Erfahrungen am Grünen Band

Fast 40 Jahre lang trennte der „Eiserne Vorhang“ die Menschen in Ost und West – in Deutschland und Europa. Zäune, Mauern, Stacheldraht, Minen und Soldaten auf Wachtürmen machten die innerdeutsche Grenze schier unüberwindbar. Mit dem „Nationalen Naturmonument. Vom Todesstreifen zur Lebenslinie“ wird die Erinnerung an diese unmenschliche Grenze bewahrt, gleichzeitig aber auch das dort entstandene einzigartige Ökosystem geschützt.

Die mittelschwere Exkursion, die eine relativ gute Fitness voraussetzt, führt unter Begleitung des Zeitzeugen Lothar Engler (früher beim Bundesgrenzschutz) von der Westseite auf den Brocken hinauf. Zwischen 1961 und 1989 war der Gipfel unzugängliches Sonder-sperrgebiet. Heute gehört eine Brockentour zu den Höhepunkten jeder Harzreise. Nach einem Mittagessen gibt es eine Führung durch die Ausstellung des Brockenhauses, die über die Natur und die Geschichte des „Berges der Deutschen“ informiert. Zurück geht es auf der Süd-Ostseite hinunter nach Schierke. Der Eigenbeitrag pro Teilnehmer/Teilnehmerin beträgt 25 Euro (inkl. Busfahrt, Imbiss, Eintritt Brockenhaus). Es wird um eine schriftliche Anmeldung per E-Mail: netzwerk@sachsen-anhalt.de oder Fax: 0391 / 5676464 gegeben. Bitte geben Sie dabei Ihren Namen, Ihre Anschrift, E-Mail-Adresse und Tel.-Nr. an. Anmeldeschluss: 28. August 2025

Ort: Fahrt ab ZOB Magdeburg, Wanderung zum Brocken, Rückfahrt ab Schierke

Veranstalter: Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Sachsen-Anhalt, Institut für Landesgeschichte beim Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e.V., Stiftung Umwelt, Natur- und Klimaschutz Sachsen-Anhalt, Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen-Anhalt, Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrum, Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Ansprechpartner Landeszentrale für politische Bildung Martin Hanusch, Referent im Netzwerk für Demokratie und Toleranz Leiterstr. 2, 39104 Magdeburg, Tel.: 0391 / 5676460, Fax: 0391/567-6464 E-Mail: netzwerk@sachsen-anhalt.de

Suche nach Zeitzeugen und Beratern zum Ausstellungsprojekt: Erziehung durch Arbeit. Asoziale als Staatsfeinde in der DDR

Dr. Eva Fuchslocher und Dr. Michael Schäbitz von exhibeo e.V. suchen Zeitzeugen sowie Berater zu SED-Unrecht im Kontext zu einem Ausstellungsprojekt über § 249 StGB der DDR. Für das Wanderausstellungsprojekt „Erziehung durch Arbeit. Asoziale als Staatsfeinde in der DDR“ sollen etwa 12 bis 15 Biographien von nach § 249 StGB der DDR verurteilten Personen in den Fokus gestellt werden. Entsprechende Zeitzeugen und Berater mit Erfahrungen zu diesem Thema werden gebeten Kontakt aufzunehmen.

Kontakt: exhibeo e.V. - Gesellschaft für politische, kulturelle und historische Forschung und Bildung, Griebenowstr. 21, 10435 Berlin, E-Mail: e.fuchslocher@exhibeo.de, www.exhibeho.de

Interviewreihe: Folgen der Haft

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat ein neues Dossier mit dem Titel „Politische Haft und ihre Folgen“ veröffentlicht. Kernstück ist die filmische Interviewreihe „Folgen der Haft“ von Alexandra Pohlmeier, die sich intensiv mit den psychosozialen Spätfolgen politischer Inhaftierung in der SBZ und DDR auseinandersetzt.

Die 13 Filme basieren auf rund 80 Zeitzeugeninterviews, die zwischen 2005 und 2024 geführt wurden. Sie thematisieren, wie sich die Folgen politischer Haft, einschließlich post-traumatischer Belastungsstörungen, auch auf die Kinder und Enkel der Inhaftierten auswirken.

„Dieses schwierige, bislang in der Öffentlichkeit noch kaum bekannte Thema wird im Rahmen der Filme erstmals ausführlich thematisiert“, so Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung. „Es ist ein wichtiger Beitrag zur Auseinandersetzung mit der repressiven Vergangenheit der DDR und ihren langfristigen Auswirkungen auf die Betroffenen und ihre Familien.“ Die Interviews wurden im Rahmen eines von der Bundesstiftung Aufarbeitung geförderten Projekts realisiert. Alle Filme der Interviewreihe und weitere Videos zum Thema „Politische Haft und ihre Folgen“ sind ab sofort exklusiv über das Dossier zugänglich: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/dossiers/politische-haft-folgen

Weitere Informationen erhalten Sie von Jonathan Harnisch, Tel.: 030 / 319895225, E-Mail: j.harnisch@bundesstiftung-aufarbeitung.de

Unternehmerische Erfahrungen mit der Treuhandanstalt:

Neue Stimmen zum 35. Gründungstag

Anlässlich des 35. Jahrestags der Gründung der Treuhandanstalt am 17. Juni 1990 veröffentlicht die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur 21 Videointerviews mit Unternehmerinnen und Unternehmern, die ab 1990 ehemalige DDR-Betriebe übernommen haben. Die Gespräche erweitern das Treuhand-Dossier auf der Website der Stiftung, das inzwischen eine umfassende Sammlung von Zeitzeugenstimmen und Materialien zum Thema bietet. „Die neuen Interviews zeigen, wie unmittelbar und widersprüchlich die wirtschaftliche Transformation erlebt wurde – nicht theoretisch, sondern als Alltag voller Entscheidungen, Verantwortung und Risiken“, erklärt Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung. „Unsere Sammlung lädt dazu ein, die Arbeit der Treuhand differenziert zu betrachten und auch Klischees zu hinterfragen, die sich in den 1990er Jahren verfestigt haben.“

Ein Teil der Interviewten kam nach dem Mauerfall in die DDR, um Unternehmen zu erwerben oder als Investoren tätig zu werden. Andere übernahmen die Betriebe, in denen sie zuvor selbst gearbeitet hatten – als technische Leiter, Direktoren oder Selbstständige. Manche konnten ihre Unternehmen langfristig etablieren, andere scheiterten.

Ziel der Veröffentlichung ist es, diese individuellen Perspektiven sichtbar zu machen und die Debatte über die Treuhandanstalt um unternehmerische Erfahrungen zu erweitern.

Dabei geht es nicht um pauschale Urteile, sondern um die historische Einordnung von Entscheidungen und Handlungsweisen im Kontext einer komplexen Umbruchsituation. Die Interviews und begleitenden Podcastfolgen sind kostenfrei abrufbar unter: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/dossiers/die-treuhandanstalt>

Weitere Informationen erhalten Sie von Jonathan Harnisch, Tel.: 030 / 319895225, E-Mail: j.harnisch@bundesstiftung-aufarbeitung.de

Erinnerung an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 bleibt notwendig

Am 17. Juni 2025 jährte sich der DDR-Volksaufstand zum 72. Mal. Aus diesem Anlass erinnert die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur an die mutigen Frauen und Männer, die 1953 in der DDR gegen das SED-Regime protestierten. Aus Streiks und Demonstrationen gegen verschärfte Arbeitsnormen und schlechte Lebensbedingungen entwickelte sich binnen kürzester Zeit ein landesweiter Aufstand. Hunderttausende forderten nicht nur soziale Verbesserungen, sondern auch freie Wahlen, Demokratie und die deutsche Einheit. Viele Demonstrantinnen und Demonstranten wurden Opfer staatlicher Gewalt: Sie wurden verhaftet, verschleppt oder verloren ihr Leben.

Angesichts aktueller gesellschaftlicher Spannungen sieht die Bundesstiftung einen wachsenden Bedarf an politischer Bildung. Besonders junge Menschen benötigen fundiertes historisches Wissen, um demokratiefeindliche Tendenzen erkennen und beurteilen zu können. Die Geschichte der SED-Diktatur und des Widerstands dagegen muss daher ein fester Bestandteil schulischer wie außerschulischer Bildungsarbeit sein.

Weitere Informationen zum Thema stellt die Stiftung in einem Dossier zur Verfügung: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/dossiers/volksaufstand-vom-17-juni-1953-der-ddr>

Weitere Informationen erhalten Sie von Jonathan Harnisch, Tel.: 030 / 319895225, E-Mail: j.harnisch@bundesstiftung-aufarbeitung.de

Neue Online-Ausstellung: Erschossen in Moskau - erinnert an deutsche Opfer stalinistischer Gewalt

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Geschichtsbüro Facts & Files, Zukunft Memorial e. V. und die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur stellten am 25. Juni 2025 in Berlin die neue Online-Ausstellung www.donskoje1950-1953.de vor. Die digitale Ausstellung erinnert an etwa tausend Deutsche, die zwischen 1950 und 1953 in Moskau erschossen und auf dem Donskoje-Friedhof in Moskau anonym verscharrt wurden.

Vor 20 Jahren, 2005, wurde das Totenbuch „Erschossen in Moskau“ erstmals veröffentlicht. Viele Familien erfuhren erst damals, was mit ihnen Ende der 1940er/Beginn der 1950er Jahre verschwundenen Angehörigen geschehen war. Das Buch entstand in enger Zusammenarbeit mit deutschen und russischen Aufarbeitungsinitiativen. Wichtigster Partner in Russland war die Menschenrechtsorganisation Memorial. Sie wurde inzwischen von den russischen Behörden verboten, ihre Archive beschlagnahmt, ihre Strukturen zerschlagen, ihre führenden Mitglieder ins Exil vertrieben.

Die neue Online-Ausstellung führt das damalige Erinnerungsprojekt in digitaler Form weiter und macht die Schicksale dauerhaft und ortsunabhängig zugänglich. Sie verknüpft Biografien, historische Dokumente, Fotografien und Hintergrundinformationen zur politischen Repression in der Spätphase des Stalinismus. Beispielhaft steht das Schicksal von

Herbert Kaiser aus Leipzig: Der Vater von drei Kindern wurde nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 von einem sowjetischen Militärtribunal zum Tode verurteilt und am 17. Dezember 1953 im Moskauer Butyrka-Gefängnis erschossen.

„Ein digitales Totenbuch ist heute weit mehr als ein Ort der Erinnerung an die Nachkriegszeit. Es ist zugleich ein Akt der Beharrlichkeit – gegen das staatlich verordnete Schweigen in Russland, das die unabhängige Aufarbeitung zerschlagen hat“, erklärt Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung.

Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie unter: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/veranstaltungen/20-jahre-erscheinen-des-totenbuchs-erschossen-moskau-und-praesentation-der-online-ausstellung>

Weitere Informationen erhalten Sie von Jonathan Harnisch, Tel.: 030 / 319895225, E-Mail: j.harnisch@bundesstiftung-aufarbeitung.de

35 Jahre deutsche Einheit – erinnern, erzählen, gestalten

Erstes Veranstaltungspaket der Reihe Nachgefragt: DDR

Mit dem neuen bundesweiten Programm „Nachgefragt: DDR“ bietet die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ab sofort das fertige Veranstaltungspaket „35 Jahre deutsche Einheit – erinnern, erzählen, gestalten“ für lokale Podiumsgespräche zur DDR-Geschichte, deutschen Teilung und Einheit an. Das Angebot richtet sich gezielt an Kultur- und Bildungseinrichtungen, Initiativen und Gruppen, die über begrenzte Ressourcen verfügen, aber mit ihrem Engagement den Dialog über die deutsche Teilung und Einheit auch außerhalb großer Städte stärken wollen. Interessierte Träger können ein komplett vorbereitetes Gesprächsformat buchen. Die Stiftung stellt dazu alles Notwendige bereit: ein inhaltlich kuratiertes Diskussionsthema, die Vermittlung von Referenten, begleitende Werbematerialien sowie einen finanziellen Zuschuss.

„Wir wollen Kultur- und Bildungseinrichtungen darin bestärken, zeithistorische Diskussionen eigenständig und öffentlichkeitswirksam zu realisieren“, erklärt Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung.

Der erste Themenbaustein zur deutschen Teilung und Einheit will den Blick auf das Heute und Morgen richten. Diskutiert werden persönliche Erfahrungen mit dem Vereinigungsprozess ebenso wie gesellschaftliche Entwicklungen und politische Herausforderungen im vereinten Deutschland. Im Zentrum stehen dabei die Gestaltungsmöglichkeiten der deutschen Einheit sowie Überlegungen dazu, wie demokratische Strukturen in Zeiten des Wandels langfristig gestärkt und zukunftssicher gemacht werden können.

Die Zahl der geförderten Veranstaltungen ist begrenzt. Weitere Themenmodule zu Aspekten der DDR-Geschichte und Transformationszeit sind in Vorbereitung.

Weitere Informationen sowie Buchungsmöglichkeiten sind online verfügbar unter: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/nachgefragt-ddr, Jonathan Harnisch, Tel.: 030 / 319895225, E-Mail: j.harnisch@bundesstiftung-aufarbeitung.de

Projekt Zeitzeugenmemorial

Das „Zeitzeugenmemorial“ der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung ist ein Projekt, das sich der Dokumentation von Erlebnissen und Geschichten von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus der Zeit der SED-Diktatur und des geteilten Deutschlands widmet. In der politischen Bildung sind Zeitzeugenberichte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur essenziell. Sie bieten jungen Menschen, für die diese Zeit fremd erscheint, ein authentisches

Bild und ermöglichen eine kritische Reflexion der Bedeutung von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Persönliche Erzählungen vermitteln ein realistisches Bild der SED-Diktatur und der damit verbundenen Einschränkungen zentraler Menschenrechte in der DDR. Da die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen immer seltener werden, ist es wichtig, neue Ansätze in der Bildungsarbeit zu finden. Ein Hauptziel ist es, die Berichte von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu sichern, aufzubereiten und für Bildungszwecke verfügbar zu machen, um die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur zu vertiefen und lebendig zu halten.

Weitere Informationen erhalten Sie von Mathias Friedel, Hessische Landeszentrale für politische Bildung, Mainzer Str. 98-102, 65189 Wiesbaden, Tel.: 0611 / 32554070
Email: mathias.friedel@hlz.hessen.de, zeitzeugenmemorial@hlz.hessen.de

Historische Bilder und zeitgeschichtliche Ereignisse in Creative Commons-Lizenz

Das Grundgesetz und seine Entstehung sowie die berühmte Rede John F. Kennedys 1963 in Berlin: Dies sind die ersten beiden Clips, die in Kooperation zwischen der ZDF-Wissensreihe „Terra X“ und dem Bundesarchiv unter Creative Commons-Lizenz produziert und veröffentlicht wurden. Eine neue Vereinbarung macht nun ausgewählte zeitgeschichtliche Bewegtbilder aus dem Bestand des Bundesarchivs in einem rechtlich festgelegten Rahmen frei verfügbar, zum Beispiel für die Erstellung historischer oder politischer Erklärvideos. So können besondere Ereignisse einem breiten Nutzerkreis verfügbar gemacht werden. Das verwendete Material wird vom ZDF durch genaue Angaben von Signatur und Urheber bzw. Rechteinhaber und Filmtitel gekennzeichnet. Im Rahmen der CC-Lizenzierung ist so gewährleistet, dass die Urheberschaft langfristig nachvollziehbar bleibt.

Die Zusammenarbeit zwischen dem ZDF und dem Bundesarchiv wird auf der neu gestalteten Seite „ZDF goes Schule“ sichtbar. Zu den weiteren Kooperationspartnern des ZDF im Bildungssektor zählen u.a. auch die Bildungsplattform Mundo sowie Landesmedienserver, bei denen auch die CC-Clips verfügbar gemacht werden. Die kurzen Video-Clips unter der freien Creative Commons-Lizenz (CC BY 4.0 bzw. CC BY-SA 4.0, kurz „CC“) veröffentlicht das ZDF unter dem Label der Wissensmarke „Terra X“. Der Fundus von lexikalisch angelegten Filmen ist für alle Interessierten in einem rechtlich festgelegten Rahmen zum Downloaden, Weiterbearbeiten und Veröffentlichen nutzbar. Im schulischen Umfeld schafft die CC-Lizenz rechtliche Eindeutigkeit zur Nutzung von Bewegtbildern und ermöglicht es, unkompliziert Materialien zu teilen oder in kreativer Weise neue digitale Unterrichtsmaterialien zu entwickeln. So können die Erklärvideos auch in digitale Lerninhalte eingebaut und durch die Bearbeitungsmöglichkeit modifiziert werden.

Das Bundesarchiv hat den gesetzlichen Auftrag, das Archivgut des Bundes auf Dauer zu sichern und nutzbar zu machen - auch durch Digitalisierung und öffentliche Zugänglichkeit im Internet. Dabei handelt es sich um Unterlagen wie Akten, Karten, Bilder, Pla-

kate, Filme und Tonaufzeichnungen in analoger und digitaler Form. Rund 2.300 Mitarbeitende an 23 Standorten tragen so zum Gedächtnis der Gesellschaft bei und ermöglichen eine faktenbasierte Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Geschichte.

Die Pilotprojekte mit Materialien des Bundesarchivs sind:

„Ich bin ein Berliner!“ - John F. Kennedy 1963 in Berlin - ZDF goes Schule:

<https://schule.zdf.de/video/ich-bin-ein-berliner-johnf-kennedy-1963-in-berlin-creative-commons-clip-100>

Die Entstehung des Grundgesetzes - ZDF goes Schule:

<https://schule.zdf.de/video/entstehung-grundgesetz-creative-commons-clip-100>

Das gesamte Angebot von „ZDF goes Schule“ für den Unterricht ist unter

www.schule.zdf.de abrufbar. Alle Creative Commons-Clips von Terra X sind bei ZDF goes Schule hier abrufbar: <https://terraxplaincommons.zdf.de/>

Veranstalter: Bundesarchiv, Direktion Kommunikation, Referat K 1 Presse und Politik, Pressestelle, Frankfurter Allee 204, 10365 Berlin, Tel.: 030 / 18 6657171, E-Mail: presse@bundesarchiv.de, <https://www.bundesarchiv.de>

6.11. und 7.11. • Halle

30. Halle-Forum

Das diesjährige, 30. Halle-Forum findet wieder im Mitteldeutschen Multimediazentrum in Halle (Saale) statt. Das Thema ist „Jugendsubkulturen und die Sicherheitsorgane der DDR: Zwischen Unverständnis und Dämonisierung“. Bitte merken Sie sich den Termin vor. Weitere Informationen folgen in Kürze.

Beratungsangebot des Landesbeauftragten

Viele der Menschen, die von SED-Unrecht betroffen sind, kommen erst heute dazu, sich aktiv damit auseinanderzusetzen. Politisches Unrecht ist keine Privatangelegenheit. Es braucht das Gespräch, die Einordnung, das aktive Verstehen und das Mitgefühl von Zuhörenden. Es ist unser Auftrag, Betroffenen und ihren Angehörigen kompetente Erstberatung anzubieten.

Das Beratungsangebot des Landesbeauftragten richtet sich insbesondere an Personen, die in politischer Haft waren oder in Spezialheime/Jugendwerkhöfe eingewiesen wurden, aber auch an Personen, die von Zersetzungsmaßnahmen staatlicher Stellen der DDR betroffen waren oder als Schüler oder Studenten politisch verfolgt wurden.

Wir bieten Beratung zu den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen an, zu Anträgen an die Häftlingshilfestiftung, zur Akteneinsicht nach Stasi-Unterlagen-Gesetz, zur Biografiekklärung und zur persönlichen Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Für Betroffene von SED-Unrecht sowie deren Angehörige besteht ergänzend die Möglichkeit, psychosoziale Einzel- und/oder Gruppengespräche bei der Psychologin Elisabeth Vajna wahrzunehmen. Eine solche psychosoziale Beratung kann unterschiedliche Themen umfassen, Fragen zur Diagnostik, Aufklärung über Behandlungsmöglichkeiten spezifischer psychischer Störungen sowie unterstützende Begleitung und Hilfe für den Übergang zu gewünschter Langzeitberatung bzw. Therapie beinhalten.

Alle Angebote sind kostenfrei. Da die Beratung eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt, ist die vorherige Anmeldung erforderlich.

Sprechstunden des Landesbeauftragten

Die Gesprächstermine werden vergeben zu folgenden Sprechzeiten: Mo bis Do von 9 bis 15 Uhr, Fr von 9 bis 13 Uhr unter Tel.: 0391 / 5601505 (Fr. Fritzke) oder per E-Mail: info@lza.lt.sachsen-anhalt.de. Wenn Sie darüber hinaus Anfragen und Gesprächsanliegen haben, wenden Sie sich gern telefonisch an das Büro des Landesbeauftragten unter Tel.: 0391 / 5601501 (Fr. Kucera).

Magdeburg Landesbeauftragter, Schleiufer 12, 39104 Magdeburg
Sprechzeiten: Mo bis Do von 9 bis 15 Uhr, Fr von 9 bis 13 Uhr,
oder nach Vereinbarung

Di und Do Psychosoziale Beratung bei Frau Vajna, Anmeldung auch per
E-Mail: elisabeth.vajna@lza.lt.sachsen-anhalt.de
Sprechzeiten: Di 12.30 bis 15.30 und Do 10 bis 12 Uhr
oder nach Vereinbarung

Sprechstunden des Landesbeauftragten mit Unterstützung durch Mitarbeiter der Caritas

Anmeldungen: Tel: 0391 / 28921024 oder per E-Mail: michael.mueller@caritas-rvmd.de

10.7. Halle Zeit-Geschichte(n) e. V., Große Ulrichstr. 51 11 - 17 Uhr
Landesbeauftragter Johannes Beleites
mit Unterstützung der Caritas

Stellenausschreibungen

Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt **eine Volljuristin/einen Volljuristen (m/w/d)** (Entgeltgruppe 14 TV-L) als Justiziar der Behörde sowie für weitere Aufgaben. Bewerbungsschluss ist der 4.8.2025. Näheres erfahren Sie in der Ausschreibung unter <https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de/service#c418175>



Wir suchen zum 1. September 2025 junge Menschen für ein Freiwilliges Jahr im Politischen Leben in Sachsen-Anhalt: Sie sind interessiert an Zeitgeschichte, besitzen eine schnelle Auffassungsgabe, können sich selbst organisieren, wollen im Team arbeiten, verfügen über Empathie und Einfühlungsvermögen und sind sicher im Umgang mit PC, moderner IT-Technik und Social Media? Dann bewerben Sie sich bitte über die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste ijgd in Sachsen-Anhalt. Dort finden Sie uns: Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Link zur Homepage: <https://freiwilligesjahr-sachsen-anhalt.ijgd.de/>



Bei Rückfragen melden Sie sich gern bei uns über Telefon oder per Email